

DARMSTADT Links

DIE LINKE.
DARMSTADT
STADTVERORDNETENFRAKTION



FÜR NEUE SOZIALE IDEEN

INHALT

TEL: 0 61 51/66 90 310 FAX: 0 61 51/66 90 533

SEITE 2

Alternative zum Standort
Mathildenhöhe
ARGE Darmstadt
schließt Augen vor Lohndumping

SEITE 3

„Freiwillige Leistung“
für Hartz IV Empfänger abgesetzt!
Darmstadts Kassen und der ICE

SEITE 4

Darmstadt als Fußnote
Wäscherei muss es zuerst ausbaden
Optionsmodell statt ARGE
Darmstadt als Mittelpunkt
der Lebensinteressen

Hartz IV, die FDP und die Dekadenz



Regierungskoalition erhöht den Hartz IV-Eckregelsatz um nur 5 Euro

FRANK GERFELDER-JUNG / GALIDA

MITARBEITER DER LINKSFRAKTION DA

LINKS GEDACHT

Tischlein, deck dich!

Die Stadtverordneten beschlossen im September, das Wissenschafts- und Kongresszentrum (Darmstadium) mit einer weiteren städtischen Bürgerschaft über 4 Millionen Euro abzulassen. Mit dem Geld sollen Handwerkerrechnungen bezahlt werden. Unsere Fraktion hat nicht zugestimmt, aber der Beschluss fand eine breite Mehrheit im Stadtparlament.

Esel, streck dich!

In derselben Sitzung ging es dann um eine Magistratsvorlage, hier um Preiserhöhungen für die Darmstädter Schwimmbäder. Die Fraktion Alternative Darmstadt stellte hierzu einen Begleit Antrag, die Ferienkarte für Kinder von der Erhöhung auszunehmen. Das hätte die Stadt 34.000 Euro gekostet. Unsere Fraktion lehnte die Magistratsvorlage ab und stimmte dem Antrag der Fraktion Alternative Darmstadt zu. Das war für uns selbstverständlich. Wenn schon eine Preiserhöhung nicht abzuwenden ist, sollte wenigstens die Ferienkarte nicht betroffen sein. Die großen Fraktionen sahen dies allerdings anders und lehnten den Antrag ab. Jeder hat halt so seine Prioritäten.

KARL-HEINZ BÖCK / DIE LINKE
FRAKTIONSVORSITZENDER

DIE LINKE.

Am 9. Februar verpflichtete das Bundesverfassungsgericht die schwarz-gelbe Bundesregierung, noch innerhalb dieses Jahres die Regelleistung nach dem Sozialgesetzbuch II (Hartz IV) neu festzulegen. Denn die Regelsatzhöhe verstößt seit 2005 „gegen das Prinzip der Menschenwürde in Art. 1 des Grundgesetzes und gegen das Menschenwürdeprinzip des Artikel 1 des Grundgesetzes“. Das Verfassungsgericht erlegte dem Gesetzgeber in seinem Urteil insbesondere auf, für ein transparentes Verfahren der Regelsatzfindung zu sorgen.

Nun soll nach dem Willen der Regierungskoalition der Hartz IV-Eckregelsatz um nur 5 Euro von 359 auf 364 Euro steigen. Die Regelbedarfe für Kinder sollen überhaupt nicht erhöht werden. Die Bedarfsermittlung, so teilte Bundesarbeitsministerin von der Leyen lakonisch mit, habe ergeben, die geltenden Sätze für Kinder seien schon zu hoch angesetzt.

Frau von der Leyen erweckte bei der Präsentation der neuen Hartz IV-Sätze den Eindruck, die Ergebnisse ergäben sich quasi zwangsläufig aus den Berechnungen des Statistischen Bundesamtes. Diese Aussage ist nachweislich falsch. Vielmehr sind in die Bemessung der Regelleistungen viele politische Entscheidungen eingeflossen; die niedrige Höhe der Hartz IV-Sätze ist also politisch gewollt.

Vertraue nur der Statistik,...

Für die Berechnung der Hartz IV-Sätze ist entscheidend, welche Haushalte als Vergleichsmaßstab („Referenzgruppen“) herangezogen werden. Bisher waren es die untersten 20 Prozent aller Einkommensbezieher, ohne die Hartz IV- und Grundsicherungsempfänger selber. Bei der neuesten Bemessung hat das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) die Referenzgruppe nun nur auf die unteren 15 Prozent der Haushalte eingengt. Dies ist eine politische Vorgabe, die die statistisch gemessenen Ausgaben und somit die Höhe der Hartz IV-Sätze künstlich nach unten drückt.

Diese Regierung nimmt als Vergleichsmaßstab die Empfänger von ergänzendem Hartz IV oder Grundsicherung, weil ihr Lohn oder ihre Rente nicht reichen („Aufstocker“). Und, noch schlimmer: sogar noch all die Haushalte, deren Einkommen noch unter den Hartz IV-Sätzen liegen! Im Klartext heißt das: Die Höhe des Regelsatzes soll sich auch nach den Ausgaben von Menschen bemessen, die noch nicht einmal den Regelsatz



zur Verfügung haben.

Dazu der Originalton aus dem Bundesministerium: „Mit einer Referenzgruppe von ungeachtet weiter 20 Prozent käme man bei der Bemessung des Existenzminimums in Einkommensklassen, die in die untere Mittelschicht reichen (bis 1.200 Euro).“

...die du selber manipulierst,

Die Regierung gibt hier unumwunden zu, dass sie die Statistik manipuliert, bis ihr das Ergebnis passt. Mithin wird deutlich, dass die Regierung schon einen Niedriglohn von 1.200 Euro im Monat als Mittelschichtseinkommen deklarieren muss. Damit soll kaschiert werden, dass inzwischen fast ein Viertel aller lohnabhängig Beschäftigten im Niedriglohnsektor arbeitet. Und das nicht etwa deshalb, weil in der BRD in den letzten Jahren insgesamt weniger Geld verdient würde – im Gegenteil, aber das Einkommen wird immer ungleicher verteilt. Während der Niedriglohnsektor sich ständig ausweitet und die Lohnhöhe dort seit 1995 nicht mehr ansteigt, erklimmen die Einkommen und Gewinne der Reichen und Superreichen Rekordhöhen.

Hier zeigt sich, dass die Regelsatzbemessung nach der sogenannten *Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS)* von vornherein einen entscheidenden Konstruktionsfehler hat: Wenn die Bundesregierung seit vielen Jahren die Massenarbeitslosigkeit nicht bekämpft, sondern statt-

dessen den Erwerbslosen systematisch Jahr für Jahr die Leistungen kürzt, wenn sie gleichzeitig einen Niedriglohnsektor schafft und mit Hartz IV systematisch ausweitet, wenn Kinder kaum eine Chance haben, diesen Teufelskreis sozial vererbter Ausgrenzung zu durchbrechen – wenn man also die Gesellschaft systematisch sozial, kulturell und politisch spaltet und eine wachsende Armutsbevölkerung produziert – dann kann die Bemessung des gesellschaftlichen Existenzminimums am Konsumverhalten dieser Armutsbevölkerung zu nichts anderem führen als zu weiterer Verarmung, weiterer Mangelernährung und weiterer Ausgrenzung.

Das bedeutet: Wenn die untersten Schichten der Gesellschaft so verarmt sind, dass sie sich kein Obst und keine Bücher mehr leisten können, dann folgt nach diesem Modell zwangsläufig, dass Obst und Bücher nicht zum Existenzminimum gehören.

„Mysterium der unterdrückten Bedarfe“

Diese Regierung hat nicht einmal genügend Anstand, wenigstens die Bedarfe von mehr als zwei Millionen Kindern, die von Hartz IV leben müssen, ernsthaft zu ermitteln. Dabei hat dies das Verfassungsgericht verlangt. In der Stichprobe EVS werden die Ausgaben für Kinder nämlich gar nicht gesondert erfasst. Sie wurden in den Hinterzimmern des Ministeriums **FORTSETZUNG S.2**

mit komplizierten Rechenmodellen von den Gesamtausgaben der Haushalte „abgeleitet“. Frau von der Leyen sollte ihr Ministerium nicht mehr Ministerium für Arbeit und Soziales nennen, sondern das „Ministerium der unterdrückten Bedarfe“.

Denn was hat es mit realen Bedürfnissen zu tun, wenn in den neuen Regelsätzen für die Ernährung eines 13-jährigen Kindes 27 Euro und 47 Cent pro Monat weniger enthalten sind als für ein 14-jähriges Kind? Es wird das Geheimnis der siebenfachen Supermutter Ursula von der Leyen bleiben, wie wir man einem 13-jährigen Kind erklären soll, dass es jeden Monat für 27 Euro und 47 Cent weniger zu essen bekommt als sein 14-jähriges Geschwisterkind.

Teufelskreis durchbrechen

Der Teufelskreis gesellschaftlicher Spaltung kann nur wirksam durch eine Maßnahme durchbrochen werden, die Lohndumping verhindert: Ein bundesweiter gesetzlicher Mindestlohn von 10,- Euro. Außerdem muss für eine menschenwürdige Grundsicherung gesorgt werden, die sich eben nicht am sinkenden Lohnniveau bemisst. Vielmehr sind der wachsende gesellschaftliche Reichtum und die tatsächlichen Bedürfnisse eines „soziokulturellen Existenzminimums“ zu Grunde zu legen.

Unsere Fraktion hat sich daher dazu entschlossen, eine Resolution in die Darmstädter Stadtverordnetenversammlung einzubringen. Dort heißt es u.a.:

„Die Wissenschaftsstadt Darmstadt fordert die Landes- und Bundesregierung auf, sich für eine Regelsatzerhöhung von mindestens 80 Euro pro Monat auszusprechen.

... Die Wissenschaftsstadt Darmstadt lehnt das „künstliche Herunterrechnen“ der Hartz IV Regelsätze entschieden ab! ... Das Vorhaben der Bundesregierung verstößt massiv gegen den Paragraphen 1 des Grundgesetzes: „Die Würde des Menschen ist unantastbar!“ und stellt einen sozialpolitischen Skan-

dal dar. (zu finden unter:

http://www.linksfraktion-darmstadt.de/parlament/kl_anfrage136_sittenwidrige_loehne_antwort.pdf

Der erbitterte Kampf der FDP gegen ...

Bereits in der letzten Ausgabe unserer Fraktionszeitung berichteten wir von der satirischen Aktion der GALIDA (Gewerkschaftliche Arbeitsloseninitiative Darmstadt) Anfang März in der Geschäftsstelle der Darmstädter FDP. Um Guido Westerwelles mittlerweile legendären Ausspruch von der „spätromischen Dekadenz“ der Hartz IV-Empfänger historisch gerade zu rücken, zog eine als Römertrupp verkleidete Kohorte der GALIDA zur hiesigen FDP, um dort auf Hartz IV-Regelsatzniveau Orgien dekadenten Genusses zu feiern.

... die spätromische Dekadenz der GALIDA

Die FDP hatte etwas gegen diese Form von Bürgernähe und störte sich an den als Römer Kostümierten.

Warum eigentlich, so fragen wir. Immerhin reist Herr Westerwelle doch auch als Außenminister verkleidet durch die ganze Welt. Die FDP ist eigentlich schon ein recht seltsames Produkt der deutschen Parteienlandschaft. Auf der einen Seite lehnt sie den Staat vehement ab: Das politische Ziel der als Partei getarnten Ein-Punkt-Bewegung ist die Verringerung der Staatseinnahmen (Steuern). Dies schränkt aber die Gestaltungsmacht eines Gemeinwesens ein, das zum Wohle aller in Straßen, Schulen, Krankenhäuser etc. investieren muss. Trotzdem wird sie (noch) nicht als Partei von Systemveränderern vom Verfassungsschutz beobachtet. Das mag daran liegen, dass sie in der Öffentlichkeit weniger als potenziell regierungsfähige Partei, sondern eher als Proto-Karnevalsverein wahrgenommen wird.

Unvergessen, wie Dr. Guido Westerwelle sich eine „18“ auf die Schuhsohlen malte, im „Guidomobil“ durch die Lande tourte oder das sogenannte „Big Brother-Haus“ besuchte.

Spaßpartei FDP ohne Humor?

Die Vorsitzende der FDP Darmstadt, Leif Blum, erstattete Anzeige wegen „Hausfriedensbruchs und Freiheitsberaubung“ gegen die GALIDA-Aktivisten.

Die Polizei ermittelte in einem langwierigen Verfahren sechs der als Römer getarnten GALIDIANER, konnte allerdings zwei „Römer“ bisher nicht dingfest machen.

Ende August erhielten die 6 Aktivistinnen die Anklageschrift der Staatsanwaltschaft Darmstadt. Den Vorwurf der „Freiheitsberaubung“ hat besagte Staatsanwaltschaft mittlerweile sang- und klanglos fallen lassen.

Nun blicken die GALIDA-Aktivisten dem Prozess entgegen: „Die ganze Aktion wird noch mal in der Presse geschildert - alle Leute freuen sich darüber. Wenn es so weitergeht, wird die Gerichtsverhandlung noch mal ein ‚Event‘ wie man neudeutsch so sagt.“, so Helmut Angelbeck von der GALIDA.

„Laut Aussage des Amtsgerichts Darmstadt, dort wird das Hauptverfahren eröffnet, findet die Verhandlung wohl voraussichtlich Anfang nächsten Jahres statt.“

Den genauen Prozesstermin wird die GALIDA in ihrem Internetauftritt unter

<http://galida.wordpress.com/>

bekannt geben.

Die unabhängige Rechtshilfeorganisation Bunte Hilfe Darmstadt hat die finanzielle Unterstützung der Rechtsverteidigungskosten der GALIDA-Aktivisten zugesagt und ruft hierfür zu Spenden auf.

Bunte Hilfe Darmstadt
Konto: 11 00 55 54
Sparkasse Darmstadt,
BLZ: 500 501 50
STICHWORT: GALIDA

ARGE

Darmstadt schließt Augen vor Lohndumping

HELMUT ANGELBECK / GALIDA MITGLIED DER LINKSFRAKTION DA

Die Linksfraktion kritisiert die ARGE Darmstadt, weil diese auf Kontrollen auf Lohnwucher (sittenwidrige Bezahlung) verzichtet.

Die Fraktion hat dies in einer Kleinen Anfrage an den Sozialdezernenten Jochen Partsch (Grüne) erfragt: Welche Maßnahmen ergreift die ARGE dagegen, dass Hartz IV-Bezieher sittenwidrige Beschäftigungsverhältnisse angeboten bekommen? Wie kommt es, dass oft trotz Vollzeitbeschäftigung noch ergänzendes Arbeitslosengeld II beantragt werden muss, da vielfach die gezahlten Löhne skandalös niedrig sind.

Nach Ansicht der Linksfraktion ist die Praxis der ARGE Stralsund vorbildlich. Deren Leiter ließ in mehreren bundesweit beachteten Prozessen die sittenwidrige Bezahlung von Hartz IV-Beziehern feststellen. Diese hatten aufgrund ihrer dramatisch niedrigen

cher geleistet, meint die Linksfraktion.

Umso unverständlicher ist es daher, dass der sonst als so engagiert geltende Darmstädter Sozialdezernent Jochen Partsch die Existenz dieses Problems nicht zur Kenntnis nimmt.

„Dass das Problem in Darmstadt nicht existiert“, so Böck, „glauben wir ihm schlichtweg nicht, vor allem da sehr viele ausgeschriebene Stellen von ARGE und Arbeitsagentur im Internet explizit auf eine Gehaltsangabe verzichten – man kann ahnen weswegen.“

Beispielhaft aufgeführt sei hier nur das Gebaren der Supermarktkette „Tegut“ mit Hauptsitz in Fulda. So erschien Anfang August im Darmstädter Echo ein bemerkenswerter Artikel, welcher die Praktiken der von „Tegut“ beauftragten Zeitarbeitsfirma „Teamwork –



Löhne noch Alg II zur „Aufstockung“ beantragen müssen, um überhaupt leben zu können.

„Es liegt mehr als nur die Vermutung nahe“, so Fraktionsvorsitzender Karl-Heinz Böck, „das nicht nur in Stralsund etliche Unternehmer auf Kosten des Steuerzahlers Ausbeuterlöhne zahlen, sondern auch in Darmstadt“.

Dieser gesellschaftliche Skandal betrifft neben ergänzendem Hartz IV auch Wohngeldzahlungen. Er kann nur verhindert werden, wenn die Mitarbeiter der ARGE Darmstadt aufmerksam sind und ihre Führungskräfte immer wieder die Kontrolle abgeschlossener Arbeitsverträge anmahnen.

ARGE Stralsund: ein positives Beispiel

Der Leiter des ARGE Stralsund hat dem Steuerzahler bereits mehrere zehntausend Euro vor Gericht zurück erkämpft und gleichzeitig einen wichtigen Schritt zur Bekämpfung von Lohnwu-

Die Bittgen GmbH“ schilderte. Dieses Unternehmen bezahlt seinen Mitarbeitern, hauptsächlich als Regalauffüller tätig, einen Hungerlohn von 5,20 Euro die Stunde. Die Gewerkschaftliche Arbeitsloseninitiative Darmstadt (GALIDA) prangerte mit einer öffentlichkeitswirksamen Kundgebung am 18. August vor der „Tegut“-Filiale in der Ludwigstraße diese Praktiken an.

Die Antwort des Sozialdezernenten Partsch auf unsere Kleine Anfrage ist zu finden unter:

http://www.linksfraktion-darmstadt.de/parlament/kl_anfrage136_sittenwidrige_loehne_antwort.pdf

Berichte zur GALIDA-Aktion vor einer „Tegut“-Filiale in Darmstadt stehen unter:

<http://galida.wordpress.com/2010/08/18/reaktionen-zur-tegut-aktion/>



Alternative zum Standort Mathildenhöhe

„Die Linke, Darmstadt“ hat nun Anfang September einen Antrag eingebracht

KARL-HEINZ BÖCK / DIE LINKE

FRAKTIONSVORSITZENDER DER LINKSFRAKTION DA

Die Familie Ströher-Sander möchte auf dem Gelände des ehemaligen Hauses Christiansen ein Museum errichten und dort Bilder zum Thema Darmstadt ausstellen. Das Projekt ist aus grundsätzlichen und stilistischen Erwägungen in Darmstadt sehr umstritten. Viele Mitbürger halten dieses Projekt für deplaziert. Eine Bürgerinitiative, die sich gegen dieses Projekt ausspricht, hat in kurzer Zeit 800 Unterschriften zur Verhinderung dieses Baus gesammelt.

Die Stadtverordnetenfraktion

„Die Linke, Darmstadt“ hat nun Anfang September einen Antrag eingebracht, in dem der Magistrat aufgefordert wird zu prüfen, ob als Alternative zum so genannten



Haus Christiansen, 1944 zerstört

Sander-Museum das Schlossmuseum genutzt werden könnte.

UNSERE MEINUNG

Eine aus unserer Sicht reizvolle Alternative. Durch die Weggabe der Holbein-Madonna hat das Schlossmuseum, das bis vor kurzem noch vor seinem Aus stand, einen erheblichen Verlust erlitten. Sollte also die Familie Ströher-Sander die oben genannten Bilder dort ausstellen können, wäre das Schlossmuseum aufgewertet und ein umstrittenes Projekt wäre vom Tisch.



„Freiwillige Leistung“ für Hartz IV- Empfänger abgesetzt!

VERENA HOPPE / DIE LINKE STADTVERORDNETE DER LINKSFRAKTION DA

Eine Anfrage unserer Fraktion zu so genannten „freiwilligen Leistungen“ der Stadt Darmstadt für Hartz IV- und Sozialhilfeempfänger beantwortete Sozialdezernent Jochen Partsch (Grüne) am 10. März

http://www.linksfraktion-darmstadt.de/parlament/kl_anfrage132_freiwillige_leistungen_antwort.pdf

Der Sozialdezernent versicherte in seiner Antwort, dass er sich dafür einsetzen werde, dass „ab dem Zeitpunkt eines verabschiedeten und genehmigten Haushaltes“ 2010 die eingegangenen Anträge auf „freiwillige Leistungen“ positiv beschieden werden sollen.

Wir hegen an der Aufrichtigkeit des Sozialdezernenten Partsch keine Zweifel. Wir fürchten aber, dass die Haushaltslage Darmstadts für solche Versprechen zu desaströs ist. Vielmehr sollen selbst Arme und Bedürftige dazu beitragen, durch gestrichene „freiwillige Leistungen“ aktiv an der „Haushaltskonsolidierung“ unserer Wissenschaftsstadt mitzuwirken.

Die „freiwillige Leistung“ des Drittelzuschusses für HEAG-Monatskarten von Hartz IV Empfängern ist mittlerweile durch den Sozialdezernenten komplett gestrichen

worden. Sie kostete, laut Partsch, ungefähr 100.000 Euro im Jahr.

Man vergleiche das jährliche Milliardendefizit des Wissenschafts- und Kongresszentrums „Darmstadtium“ mit den bescheidenen Aufwendungen für die „freiwilligen Leistungen“ der Stadt. Es wird dann deutlich, wer und was der hiesigen Polit-Elite wirklich „wert und teuer ist“.

Anzumerken bliebe noch, dass für die „freiwilligen Leistungen“ nur relativ wenige Anträge gestellt wurden. Das hat wohl damit zu tun, dass Herr Partsch, sein Dezernat und die von ihm geleiteten Ämter (auch die ARGE) mit Informationen für die Betroffenen sparsam umgehen.

Die geringe Zahl von Antragstellungen macht unseres Erachtens deutlich, dass Sozialdezernat und ARGE der gesetzlich verankerten Auskunft-, Beratungs- und Informationspflicht gerade für die armen und bedürftigen Familien dieser Stadt nur bedingt nachkommen. Wenn nur ein Bruchteil der Berechtigten Anträge stellt, sollte der Sozialdezernent dem entschieden begegnen. Dies auch, um deutlich zu machen, dass „nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zur Verfassungsmäßigkeit der Regelsätze (vom 9.02.2010) ... die klare Verpflichtung für staatliches Handeln erkennbar geworden“ ist.

Der Jobmotor Stadt muss weiter laufen

Darmstadt sollte sich allerdings im Gegenzug auch, wie von vielen gefordert, nicht kaputt sparen. Die Auflagen des RP zum städtischen Haushalt bedeuten aber dies: Kürzungen der freiwilligen Leistungen, Ausstiegsszenarien aus laufenden Verträgen, Gebühren und Beiträge erhöhen. Dies trifft vor allem Vereine und Organisationen im sozialen und kulturellen Bereich. Wie üblich wird vom RP eine Personalkostenreduzierung verfügt. Frei werdende Stellen sollen nicht mehr besetzt oder gestrichen werden, über- und außertarifliche Zahlungen sollen abgebaut werden. Die Maßnahmen gehen einseitig zu Lasten von Bürgerinnen und Bürgern sowie städtischen Beschäftigten.

Das Ergebnis wird Abbau kommunaler Leistungen sein. Flexible Öffnungszeiten in den Schwimmbädern – ohne Personal? Trauungen am Wochenende – ohne Personal? Ausstellungen auf der Mathildenhöhe – ohne Personal? 90 – 100 Beschäftigte scheiden jährlich aus der städtischen Verwaltung aus, nehmen Erfahrung und Kompetenz mit. In einigen Ämtern ist der Dienstbetrieb kaum noch aufrechtzuerhalten – so ist der Schließdienst am Alten Friedhof außer Kraft gesetzt. Der vom RP verfügte Stopp von Investitionen wird nicht absehbare Konsequenzen auf die weitere Entwicklung haben. Schon heute, das wird vielfach übersehen, ist die ökonomische Bedeutung der Kommunen immens: 2/3 der öffentlichen Investitionen in der BRD werden in den Kommunen getätigt und kommunalpolitisch entschieden.

Der Tresorschlüssel liegt in Berlin

Darmstadt ist kein Einzelfall. Schon 2009 haben über 50% der Großstädte in Deutschland Haushaltssperren verabschiedet, Tendenz steigend. Durch Konsolidierungsprogramme, Einsparungen, Gebühren- und Abgaberrhöhungen, Streichungen oder gar Privatisierungen kommunaler Leistungen und Einrichtungen oder durch verschärften kommunalen Sozialabbau ist dieser Misere nicht zu entinnen. Schuld an dieser Notlage der Kommunen ist

eine Politik in Berlin, die immer unverhölener ausschließlich Kapitalinteressen bedient. Vielleicht sollte dies unser Regierungspräsident mal seinen Parteifreunden von der FDP dort sagen. So werden Milliarden Euro Steuergelder an spekulierende Banken vergeben. Die gleichen Banken bluten mit ihren Zinsforderungen die Städte, Gemeinden und Kreise im Land aus. So werden die arbeitenden Menschen als Hauptsteuerzahler zweifach zur Kasse gebeten.

Zinsmoratorium als Erste Hilfe

Dieser Katastrophenpolitik muss Einhalt geboten werden. Ein Stopp der Zinszahlungen der Kommunen an die mit Steuergeldern alimentierten Banken wäre ein erster Schritt. Eine Entschuldung der Städte und Gemeinden zu Lasten von Konzernen und Banken wird immer dringlicher. Notwendig ist aber eine grundlegende Reform der Kommunalfinanzen. Statt Gelder den Banken für weitere Spekulationen zur Verfügung zu stellen, müssen diese Steuergelder in die klammen Kassen der Kommunen geleitet werden. Notwendig ist nach wie vor eine drastische Beschneidung des Rüstungs- und Kriegsetats, der Konzernsubventionen und der Ausgaben für die Geheimdienste. Dabei wäre eine Erhöhung der Finanzmittel für die Kommunen das beste Konjunkturpaket.

Schulsanierungen, Ausstattung der Kitas, kulturelle Projekte (jeder in kulturelle Projekte investierte Euro rentiert sich achtfach), Wohnungsbauprogramme, Sprachförderung für MigrantInnen, Ganztageschulen mit kostenlosem Mittagessen, energetische Altbau-Sanierungen sind hier nur einige Beispiele für notwendige und sinnvolle Investitionen auf kommunaler Ebene. Sie sie würden das lokale Baugewerbe fördern, die Gewerbesteuererinnahmen erhöhen und damit die kommunale Selbstverwaltung sichern.

UNSERE MEINUNG

Anstatt sich mit Sparvorschlägen zu überbieten, muss Widerstand gegen diese unsoziale Politik organisiert werden. Auch in Berlin oder Wiesbaden, beide Orte sind jetzt schon mit dem ICE zu erreichen.

Monatskarte	
Übertragbar: Jahreskarten bestehen aus 12 einzelnen Monatskarten. Jede Monatskarte gilt in dem eingetragenen Kalendermonat.	
Von 4001	nach 4001
über 0000	Preisstufe 1
Es gelten die Gemeinsamen Beförderungsbedingungen und Tarifbestimmungen	
J	Ein Zwölfteil von
Gültig für Nov 2010	36,20 EUR
	inkl. 7% MwSt.
HEAG	HJF018825-01

Darmstadts Kassen und der ICE



RP verfügt Stopp von Investitionen

VON RAINER KEIL / DKP FRAKTIONSMITGLIED DIE LINKE DA

Die jüngsten Entwicklungen in Sachen ICE-Anbindung werden von unserer Fraktion sehr begrüßt. Wir haben schon in Vergangenheit immer wieder deutlich gemacht, dass eine komfortable und schnelle Nahverkehrsanbindung an den Frankfurter Flughafen einer eigenen ICE-Anbindung in allen möglichen Varianten vorzuziehen ist. Ein Ausbau einer solchen Verbindung nach Wiesbaden, eine

bessere Anbindung in Richtung Mannheim wäre für die gesamte Region von Vorteil. Man muss den zahlreichen Bürgerinitiativen, die gegen Bypass und Westbahnhof aufbegehrt haben, mehr als dankbar sein. Ohne ihr Engagement wäre dieses Projekt durchgezogen worden. Schade, dass sich nicht auch gegen das Prestigeobjekt „Darmstadtium“ genügend Bürgerinnen und Bürger zur Wehr gesetzt haben.



Regierungspräsidium Darmstadt am Luisenplatz



WERNER KRONE/DKP

Darmstadt als Fußnote

Etwa 3100 Fernreisende benutzen täglich den Hauptbahnhof.

MITARBEITER DIE LINKE DA

Die Neubaustrecke Rhein/Main - Rhein/Neckar ist längst überfällig. Aber nun droht das unsinnige Projekt Stuttgart 21 dieser Neubaustrecke die Mittel abzusaugen. Daher darf Darmstadt nicht mehr Prellbock für die Planung spielen.

Im Bundesverkehrswegeplan steht zu diesem Projekt folgende Fußnote: „Eine Einbindung des Schienenpersonenfernverkehrs in der Region Starkenburg ist über den Hauptbahnhof Darmstadt sicherzustellen“. Diese Fußnote muss mit Leben erfüllt werden. Das kann entweder nur mit Vollarbeit oder mit höhenfreiem Anschluss an beide Gleise der Neubaustrecke im Norden Darmstadts erfolgen. An der Täubcheshöhle hat die Deutsche

Neckar-Bahn Richtung Süden befahren.

Fern und regional auf denselben Gleisen

Die Neubaustrecke ist keine reine Expressstrecke, sondern eine Entlastung für die Main-Neckar- und die Riedbahn. Auf ihr können zwischen Darmstadt und sagen wir Wiesbaden auch Regionalzüge fahren. Es kann keine Rede davon sein, dass die Bahn deren Betrieb finanzieren soll. Es sollen für diese Züge lediglich gerechte Trassenpreise gelten. Das bedeutet, dass von DB-Netz nicht mehr Gebühr erhoben werden soll als auf der S-Bahnstrecke Darmstadt – Frankfurt.

Eine Untersuchung der Infraplan Consult errechnet für einen Pendelzug Darmstadt-Wiesba-

Jahrhundertwende für jeden Zug, der die Hochbrücken über den Nord-Ostsee-Kanal befährt, von der Kanalverwaltung bis heute Betriebserscherniskosten, die der Bahn erstattet werden. Dagegen hat sich die Bahn bisher nicht gewehrt. Irgendwie müssen wir uns in Darmstadt ja für die vielen Straßenbrücken erkenntlich zeigen, welche die Deutsche Bahn unserer Stadt bei der Bahnreform 1994 geschenkt hat!

Etwa 3100 Fernreisende benutzen täglich den Hauptbahnhof. Die Mehrzahl der werktäglich ca. 40 000 Reisenden am Hauptbahnhof sind wegen ihrer Arbeit oder Ausbildung unterwegs. Der Nah- und Regionalverkehr ist das tägliche Brot, ein ICE-Verkehr nur das Sahnehäubchen. Trotzdem sind beide notwendig.

Die Verhandlungen sollten keinesfalls hinter verschlossenen Türen geführt werden. Da kam bisher nur fauler „Konsens“ heraus. Denn „die Bahn bezahlt“, so sagt Bahn-Chefplaner Paul Gerhardt, „nur, was notwendig ist.“ So sagen es übrigens auch die Krankenkassen.

Vernunft setzte sich durch

Die Darmstädter Sozialdemokraten befragten ihre Mitglieder. Eine Mehrheit stimmte für eine Schienenanbindung Darmstadts an den Flughafen-Fernbahnhof. Hiermit hat Realismus über reines Prestigedenken gesiegt.

Die neue Schnellfahrstrecke wird begründet mit der größeren Leistungsfähigkeit und Beschleunigung des Schienennetzes. Dann muss auch etwas getan werden an der vorhandenen Main-Neckar-Bahn. Vor Jahren schlug ein Blitz im Stellwerk Zwingenberg ein. Seither können Züge dort nicht mehr ins Nebengleis zum Überholen! Und: Es muss etwas abfallen zur Sanierung der Bahnhöfe, die im Winkel modern: Nord-, Süd-, Ostbahnhof und der in Eberstadt!

Hausaufgabe machen: der Airliner

Den Airliner in den normalen RMV-Tarif einzubeziehen, bedarf es nicht der Deutschen Bahn. Das sind Hausaufgaben. Die Buslinie „Air Liner“ ist bisher überbeuert, da er angeblich ein Bus 1. Klasse ist. Das gilt übrigens auch für Zeitkarten. Dabei braucht er fast eine halbe Stunde zum Flughafen. Auch jobbende Studenten mit Semesterticket und sogar Schwerbeschädigte müssen 3,50 € berappen. Je Fahrt!

AUFGESPIESST

Wäscherei muss es zuerst ausbaden

Wir haben gewarnt: Die Umwandlung des Klinikums vom Eigenbetrieb der Stadt in eine privatrechtliche GmbH wird Arbeitsplätze kosten! Der Titel „gemeinnützig“ vernebelt nur, dass selbst die Stadtverordneten nichts mehr zu sagen haben. Nun sollen der schon 1996 ausgegliederten Wäscherei die Aufträge entzogen und das Waschen europaweit ausgeschrieben werden. Ausgerechnet Parteien, die am liebsten Aufträge ihren Parteifreunden zuschanzen würden, sind dafür. Die Folge wird sein, dass dort gewaschen wird, wo das Lohnniveau noch wesentlich niedriger ist. Diese Ausbeutung wird uns dann als Ersparnis verkauft werden. Wirklich verkauft sind aber die bisher in der Wäscherei Beschäftigten.

Optionsmodell statt ARGE

Der Begriff „Option“ gaukelt vor, die Erwerbslosen hätten eine Wahl. Haben sie nicht. Sie sind vom „Ermessensspielraum“ ihres sogenannten „Persönlichen Ansprechpartners“ (PAP) abhängig, so oder so. Die Stadtverordneten in Darmstadt haben jüngst beschlossen, dass unsere Stadt eine „Optionskommune“ werden soll. Die Bundesagentur für Arbeit soll komplett ausgebootet werden. Aber wenn nur die Stadt das Sagen hat, können Erwerbslose vom Regen in die Traufe kommen. Das zeigen bisherige Erfahrungen mit Optionskommunen. Wir haben mit „Nein“ gestimmt.

Auch mit der Einführung von Hartz IV wurden erhebliche Einsparungen für die Stadt versprochen. Es kam völlig anders. Aber Illusionen sind was fürs Theater, nicht für das wahre Leben.

Darmstadt als Mittelpunkt der Lebensinteressen

Die Stadtverordneten haben gegen die Stimmen der Linksfraktion eine Abgabe auf Zweitwohnungen beschlossen. Vor allem Studierende und Wochenendpendler/innen werden hiervon betroffen sein. Einmal mehr werden Menschen mit bescheidenem Einkommen zum Auffüllen öffentlicher Kassen herangezogen. Denn diese hat die Bundesregierung mit ihrer Steuerpolitik gelehrt. Daher wird der Wochenendpendler aus Gera nun in Darmstadt den Mittelpunkt seiner Lebensinteressen entdecken. Nach Auskunft des Finanzamtes wird er aber weiterhin eine doppelte Haushaltsführung geltend machen können!



Bahn ohnehin eine „betriebliche Anbindung“ geplant an die Ludwigsbahn Aschaffenburg – Darmstadt – Mainz (auch Main-Rhein-Bahn genannt). Daher ist es nicht einzusehen, warum sich die Stadt Darmstadt an dieser ohnehin geplanten Nordanbindung beteiligen sollte. Dieser Anspruch ist unseres Wissens auch nicht erhoben worden.

Nicht jeder ICE muss in Darmstadt halten. Aber es muss die Möglichkeit geben, dass in Darmstadt wie bisher ICE-Züge halten können. Die können dann wie bisher die Main-

den jährliche Betriebskosten von 10,6 Millionen €. Der Trassenpreis der Neubaustrecke geht für einen Zugkilometer mit 13,70 € ein. Würde er nur 4,31 € wie für die bestehenden Strecken betragen, würden die Betriebskosten fast 40% geringer ausfallen!

Die Fußnote hart verhandeln!

Hierzu ist ein Vertrag mit der Deutschen Bahn abzuschließen. Vertragstreue ist der Bahn selbstverständlich. So gibt es seit der vorletzten

ICH INTERESSIERE MICH FÜR DIE LINKE DARMSTADT

Bitte schicken Sie mir

Einladungen zu Treffen

per Post per Mail

Name, Vorname

ggf. Adresszusatz

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

DARMSTADT
Links

DIE LINKE, DARMSTADT
STADTVERORDNETENFRAKTION
Landgraf-Philipp-Anlage 32
64283 DARMSTADT

IMPRESSUM

DARMSTADT
Links

Die Darmstadt Links erscheint in vier Ausgaben im Jahr. Auflage 15 000 Exemplare
LAYOUT & GESTALTUNG
Hans Ulrich Vergin
Keine Textkorrektur

DIE LINKE, DARMSTADT
STADTVERORDNETENFRAKTION

Landgraf-Philipp-Anlage 32
64283 DARMSTADT

BÜROZEITEN

Mi. 16:00 - 19:00 Uhr

TEL : 0 61 51 / 66 90 310
FAX : 0 61 51 / 66 90 533